

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Erfindet den »Sozialkapitalismus«!**Klaus Harpprecht**

(*1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.



Unsereiner reibt sich die Augen, putzt die Ohren, schnäuzt sich zur Vorsicht: War da was? Haben wir uns getäuscht? War der Skandal, der mit Pauken und Trompeten von allen Türmen geschmettert wurde und die Headlines aller Journale mit dicken Lettern besetzte, am Ende gar keiner? Nur einige Monate sind ins Land gegangen, seit die böse Sensation – für ein paar Tage, vielleicht für eine Woche, für zwei oder drei – die deutschen Debatten beherrschte – dann waren die Alarmrufe im Nirgendwo verhallt. Die hysterisch spitzen Schreie der Empörung verebten ohne Spuren. Der Zorn (wenn es denn einer war) hat sich rasch wieder verzogen. Die Horrorvision, schlimmer: die Konfrontation mit der bitteren Wahrheit – vergessen.

Die Deutschen schlendern gemütlich und unaufgeregt ihren Wahlen entgegen. Soweit sie sich – vielmehr ihre mediale Elite – zu einer Gemütswallung entschließen können, starren sie auf Bayern München-Chef Uli Hoeneß, dann auf die Abgeordneten und Landesminister in München, die ihren Frauen und ihren Bräuten, ihren Töchtern und Söhnen oder Leuten aus der weiteren Verwandtschaft das Taschengeld aus der Staatskasse zuschoben (leider auch ein paar Sozis darunter). Ach, unsere Musterrepublik, die so ganz und gar nichts mit dem korrupten, faulen Lottervolk der Griechen und Zyprioten, der Südtaliener, der Korsen und so weiter gemein hat.

»Umverteilung nach oben« und »Soziale Ungleichheit« hatte der Historiker Hans-Ulrich Wehler bei den europäischen Musterschülern ausgemacht und mit vielen einschüchternden Zahlen belegt. Doch von »Umverteilung« reden wir im Wahlkampf lieber nicht. Den Begriff schienen die Schwarzen und die Gelben gepachtet zu haben, freilich anders herum.

Auf dem Weg in eine neue Klassengesellschaft

Nun zögern sie, das Schlagwort uns Roten Socken um die Ohren zu hauen (wenigstens das hat der Professor in Bielefeld erreicht): Es ist nun auch, ja gerade für die Christ-Demokraten mit einem ominösen Geschmack behaftet, der sie zögern lässt, die Schmähsformel auf die Zunge kommen zu lassen. Immerhin scheuen sich Kanzler Kohls »Sozen« nicht, wenigstens die »soziale Ungleichheit« beim Namen zu nennen. Aber sie zögern, öffentlich auf die Gefahr hinzuweisen, die in Wehlers Studie mit schmerzlicher Klarheit sichtbar wird: dass wir auf dem besten, nein, dem schlechtesten Wege zu einer neuen Klassengesellschaft sind. Nicht der, die einst Karl Marx definierte (der in seiner Heimatstadt Trier eine inflationäre Auferstehung mit Hunderten von Plastikpuppen erlebt), sondern einer neuen, die eine winzige Schicht von Superreichen (ob Erben oder sogenannte Spitzenmanager) weit über das Alt- und Neubürgertum mit seinem schwindenden Anteil am Gesamtvermögen der Gesellschaft, erst recht über die Angestellten- und Arbeiterschaft in festen Lohnverhältnissen erhebt – nicht zu reden vom »Proletariat« der untersten Einkommensschicht, der Arbeitslosen, der Rentner am Rande des Notstandes.

Erinnern wir uns an Wehlers wichtigste Auskünfte: Im Jahre 2010 verfügte das oberste Zehntel der Gesellschaft über zwei Drittel des gesamten Privatvermögens der Bundesrepublik. Das oberste Fünftel besaß 70 % des Gesamtvermögens, die unteren 30 % nur 1,5 %. Zwischen dem Jahre 2000 und 2010 fielen – beim zweiten Erbschaftsschub – an die zwei Billionen Euro an die Generation, die zum Erwerb der Vermögen nichts, zu ihrer Vermehrung nicht viel beigetragen hatte. Wenn die Erbschaftsteuer 50 % betrüge, dann würde – bis 2020 weitergerechnet – der Staat (das heißt: die Gesamtgesellschaft) etwa zwei Billionen Euro gewinnen, von denen Wehler zu Recht sagt, dass sie genügten, den Ausbau der Bildungssysteme, der Verkehrswege, der Renovierung der Infrastruktur aller Städte zu bezahlen. Stattdessen wurde die Erbschaftsteuer gesenkt.

Obszön ist die Entwicklung der Einkünfte an der Spitze des Managements (die, vor allem in den Banken, unterdessen sacht korrigiert wurden – und trotzdem noch immer weit von den Grenzen der Vernunft und des Anstandes entfernt sind). Zwischen 1990 und 1998 steigerten die Chefs der größten Konzerne ihr Einkommen um 480 % (auf durchschnittlich 10,6 Millionen Dollar per anno). In den drei Jahrzehnten von 1980 an eroberten die Herren in den höchsten Etagen – noch keine Frauen darunter – mit ihrem Jahreseinkommen einen Anteil von mehr als 40 % des Gesamtverdienstes aller berufstätigen Deutschen. Wehler konstatierte den »schärfsten Kontrast« mit der »Stagnation im Bereich der Mittelklassen«. In Wirklichkeit sanken die Einkommen in den mittleren Schichten um 8 % ab. Für die »Unterklassen« verzeichnete der Sozialhistoriker einen drastischen Schrumpfungprozess.

»Die durchschnittliche Vergütung der Topmanager für 2011 lag bei fünf Millionen Euro« – im Vergleich mit der »durchschnittlichen Vergütung ihrer Arbeitnehmer« ergab sich ein Verhältnis von »200 zu

1«. Obszön mag man diesen Zustand nennen. Diese Obszönität wird auch durch eine Kapitalertragsteuer von 25 % demonstriert, die sich gegenüber einer Besteuerung der Arbeitseinkommen bis zu einer Höhe von 45 % absurd niedrig ausnimmt. »Die Abgabenquote bei Arbeitseinkommen (Löhne und Gehälter) liegt zurzeit bei 33,7 %, die Abgabenquote bei Steuern auf Erbschaften bei grotesken 1,6 %«.

Es ist kein Trost, dass sich diese Entwicklung fast vom Beginn der Herrschaft der »Sozialen Marktwirtschaft« und des »Rheinischen Kapitalismus« an abgezeichnet hat. Die Alternative des orthodoxen Sozialismus (vor Godesberg) – zumal auf dem Hintergrund der DDR-Stümpereien und der sowjetischen Kommando-Wirtschaft – war keine. Auch hielten die Mäßigungsappelle Ludwig Erhards und seiner sozialdemokratischen Nachfolger die Gemüter im Zaun (bis die überzogene Lohnforderung des ÖTV-Chefs Heinz Kluncker im Jahre 1973 über eine Steigerung von 15 % die Regierung Willy Brandts erschütterte).

Therapie für Superreiche

Ein Programm der Steuererhöhungen für die Reichen wird keine Wende erzwingen, was immer sich Jürgen Trittin vorstellen mag. Es könnte nützlicher sein, die Superverdiener mit gütiger Strenge zu Therapiekursen einzuladen, in denen ihnen die amerikanischen Kollegen das Grundethos des transatlantischen Kapitalismus zu vermitteln versuchen: dass der Erfolgreiche einige der Früchte seines Erfolges freiwillig an die Gesellschaft zurückgibt, die ihm den Erfolg möglich gemacht hat. Die Stiftung von Bill Gates, der die Milliarden-Gewinne aus seinem Microsoft-Unternehmen (und dazu die eigenen Talente samt denen seiner Frau) in gewaltigen Entwicklungs- und Sozialprogrammen produktiv investiert, sollte ein ermutigendes Beispiel

sein. An die 80 Milliardäre haben sich dem privaten Marshall-Plan von Bill Gates angeschlossen – darunter freilich bis heute nur ein Deutscher. Die radikale Reform der Steuergesetzgebung zugunsten gemeinnütziger Stiftungen könnte den Reichen Deutschlands (und der europäischen Nachbarn) Beine machen. Auch sollte jede Re-Investition in die eigenen Unternehmen stärker als zuvor begünstigt werden – vor allem der Aufbau sozialer Institutionen. Jeder größere Betrieb sollte seine Kita etablieren. Warum nicht moderne Altersappartements für die Betriebsrentner großer Firmen schaffen? Warum nicht für die Verbesserung des Systems der Berufsbildung sorgen – nicht nur bei uns, sondern mit gleicher Begünstigung bei unseren Nachbarn in der Europäischen Union, auf die Deutschland nicht minder angewiesen ist als auf die Produktivität der eigenen Wirtschaft? Die Förderung des Umweltschutzes gehört, es versteht sich, dazu.

Leistungsfähiges Stiftungswesen vonnöten

An sinnvollen Projekten, für die unsere Krösus-Sippen am Ende vielleicht doch lieber zahlen als an den Fiskus, herrscht wahrhaftig kein Mangel. Dazu braucht es die Bereitschaft, ein Element der Amerikanisierung zu akzeptieren, an dem wir uns bisher vorbeigedrückt haben. Drüben fiele die Kultur, die Elitebildung, doch auch ein prominenter Teil des Gesundheitswesens ohne das Stiftungswesen in sich zusammen. Vielleicht unterzieht sich der Professor Wehler mit einigen seiner Schüler der Mühe, die Wege zu einem leistungsfähigen Stiftungswesen und damit zu einer neuen Etappe des – riskieren wir die Formel – »Sozialkapitalismus« aufzuzeigen. Für diesen produktiven Skandal verdiente er noch mehr Dank, als wir ihm ohnedies schulden. ■